
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

... Sommerpressekonferenz 2015 ... Sommerpressekonferenz 2015 ... Sommerpressekonferenz 2015 ...

Ergebnisse der UVNord-Sommer-Politikumfrage (Schleswig-Holstein):

Aktualität: 8. Juli 2015

Die Unternehmen in Schleswig-Holstein sind zur Arbeit der Landesregierung (SPD-Grüne-SSW-Koalition) insgesamt und deren einzelnen Ministerien befragt worden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung war die Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Bewertung der Arbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung (SPD-Grüne-SSW-Koalition)

30 %¹ (Herbst 2014: 24 %) der befragten Unternehmen sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, 70 % unzufrieden.

Die Zustimmungswerte zur Arbeit der SPD-Grüne-SSW-Koalition in Kiel haben weiterhin erhebliches Entwicklungspotential.

Die aktuellen Umfragewerte haben sich im Vergleich zum Herbst 2014 jedoch leicht verbessert.

Aber nicht einmal jedes 3. der befragten Unternehmen ist mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden.

Als Hauptgründe für die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Koalition werden genannt:

Hauptkritikpunkt ist die mittelstandsfeindliche Politik. Zahlreiche mittelstandsfeindliche Gesetze und Verordnungen machen den Unternehmen im Land das Leben

¹ Die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die an der Umfrage beteiligten Unternehmen. Sie sind nach kaufmännischen Gesichtspunkten gerundet.

schwer. Hinzu kommt aus Sicht der Unternehmen die marode Verkehrsinfrastruktur, die Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort immer weiter ins Hintertreffen geraten lässt. Hier vermissen die Unternehmen eine klare Verkehrspolitik, die deutliche Signale an den Bund sendet.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Haushaltspolitik des Kabinetts. Hier vermissen die Unternehmen einen ausgeprägteren Sparwillen bei sprudelnden Rekordinnahmen.

Außerdem kritisieren die Unternehmen ausdrücklich, dass es der Koalition bislang nicht gelungen sei, einen nachvollziehbaren politischen Kurs einzuschlagen.

Die Arbeit des Ministerpräsidenten wird von den Unternehmen wie folgt bewertet:

Der Ministerpräsident

17 % (Herbst 2014: 16 %) der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministerpräsidenten als gut, 57 % als verbesserungsbedürftig und 26 % als nicht gut.

Seine Arbeit wird nach wie vor nicht einmal mehr von jedem fünften Unternehmen als gut bezeichnet.

Negativ bewertet wird erneut der nicht vollständig erkennbare Führungsstil des Ministerpräsidenten. Er schaffe es nicht, die Kräfte zu bündeln und einen eindeutigen Regierungswillen in die „Mannschaft“ zu bekommen. Einige Unternehmen sprechen sogar von Führungsschwäche.

Ursächlich hierfür ist u.a. Dr. Habecks Streben nach Berlin und Studts nach wie vor mangelnde Anerkennung in der Polizei.

Die Unternehmen fordern zukünftig eine wirtschaftspolitische Ausrichtung des Ministerpräsidenten sowie Engagement für ein Industriekonzept für das nördlichste Bundesland, am besten gemeinsam mit Hamburg.

Außerdem haben viele Unternehmen den Eindruck, dass der Ministerpräsident zu sehr wiederwahlorientiert sei.

Gelobt wurde aber das starke Engagement des Ministerpräsidenten zum Thema „Flüchtlinge“. Der Flüchtlingspakt hat im Land für die richtigen Signale und die richtige Stimmung gesorgt. Auch sein Einsatz für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird positiv hervorgehoben.

Die Arbeit der nachfolgend genannten Ministerien wird von den Unternehmen wie folgt bewertet (Ranking):

Finanzministerium
(Monika Heinold)

Das Finanzministerium schneidet bei der Bewertung der einzelnen Ressorts am besten ab.

33 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums mit gut, 45 % als verbesserungsbedürftig und 22 % mit nicht gut.

Der Ministerin wird eine engagierte Arbeit attestiert. Sie hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut in die Haushaltspolitik eingearbeitet und verfolgt einen nachvollziehbaren Kurs. Die Ministerin verfügt über eine hohe Reputation in der Wirtschaft. Gelobt wird sie ferner für das rechtzeitige Benennen der Risiken um die HSH Nordbank.

Als verbesserungsbedürftig bzw. als nicht gut bemängeln die Unternehmen die nach wie vor zu niedrige Investitionsquote trotz Rekordeinnahmen. Die Unternehmen erwarten mehr Investitionen in Wachstum und Beschäftigung und damit in Verkehrsinfrastruktur und Bildung.

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5% und damit auf einen bundesweiten Spitzenwert eines Flächenlandes wird von den Unternehmen weiterhin erheblich kritisiert.

**Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr
und Technologie**
(Reinhard Meyer)

Auf dem zweiten Platz folgt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.

32 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums mit gut, 45 % mit verbesserungsbedürftig und 23 % mit nicht gut.

Der Führungsstil des Ministers wird erneut positiv bewertet sowie seine klare Haltung zum Ausbau und

der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur. Bemängelt wird in diesem Zusammenhang aber, dass er trotz klarer Standpunkte zu den Verkehrsinfrastrukturproblemen im Land nur sehr langsam vorankommt. Sorgen bereitet den Unternehmern der Zustand der Landesstraßen.

Gelobt wird außerdem sein Engagement für die Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“, mit der der Minister einen wichtigen Beitrag für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein und die Arbeitgeber im Land leistet.

Das Ministerium wird gelobt für das Engagement für die feste Querung über den Fehmarnbelt, das sich insbesondere im „Dialogforum“ niederschlägt.

Als verbesserungsbedürftig in der Wirtschaftspolitik sehen die befragten Unternehmen fehlende mittelstandsfreundliche Signale. Das Tariftreue- und Vergabegesetz, der höchste Landesmindestlohn bundesweit in Höhe von 9,18 €, das gemeinsame Korruptionsregister mit Hamburg sind alles andere als mittelstandsfreundliche Politik. Gefordert wird zudem von einigen befragten Unternehmen **ein echtes Industriekonzept** für Schleswig-Holstein, am besten gemeinsam mit Hamburg.

**Ministerium für Inneres
und Bundesangelegenheiten**
(Stefan Studt)

Auf dem dritten Platz folgt das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten.

31 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums mit gut, 52 % als verbesserungsbedürftig und 17 % als nicht gut.

Die Unternehmen, die die Arbeit des Ministeriums als gut bewertet haben, loben das Engagement des Ministeriums für die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.

Als verbesserungsbedürftig bewerten die Unternehmen die Konfrontation des Ministers mit der Polizei. Die befragten Unternehmen gehen davon aus, dass der Minister noch nicht vollends in dem Ressort angekommen ist. In einigen politischen Fragen hätten sie sich mehr Sensibilität des Ministers gewünscht.

Vermisst werden nach wie vor Anstrengungen für eine Verwaltungsstrukturreform sowie für Deregulierung und Bürokratieabbau.

**Ministerium für Justiz, Kultur
und Europa**
(Anke Spoorendonk)

Das Ministerium für Justiz, Europa und Kultur belegt in der aktuellen Umfrage den vierten Platz.

29 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums mit gut, 54 % mit verbesserungsbedürftig und 17 % mit nicht gut.

Positiv nennen einige Unternehmen, dass die Ministerin sich gut eingearbeitet hat. Auch in der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes hat das Ministerium gezeigt, dass es auf die Sorgen und Nöte der Wirtschaft im Land eingehen kann.

Als verbesserungsbedürftig nennen die befragten Unternehmen die Wahrnehmung der Ministerin und des Ministeriums in den Medien. Es ist nicht erkennbar, welche Schwerpunktthemen die Ministerin mit ihrem Ressort verfolgt.

**Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume**
(Dr. Robert Habeck)

Das Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume belegt bei der aktuellen Umfrage den fünften Platz.

22 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums als gut, 56 % als verbesserungsbedürftig und weitere 22 % als nicht gut.

Positiv genannt wird das engagierte Auftreten des Ministers. Ihm wird Fachkompetenz bescheinigt.

Kritisiert wird, dass der Minister sich durch Schwerpunktsetzung beim Thema „Umwelt“ für eine Kandidatur auf Spitzenebene profilieren will, die dem Land dauerhaft wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität abschneiden wird. Insbesondere die Biotop-Kartierung und die jüngste Ausweisung von Unterwasserriffen am Fehmarnsund zeigen dies.

Die befragten Unternehmen wünschen sich zukünftig ein faires Aufeinanderzugehen, um gemeinsam pragmatische Lösungswege auszuarbeiten.

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Wissenschaft
und Gleichstellung**

(Kristin Alheit)

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung landet auf dem sechsten Platz.

19 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums als gut, 58 % als verbesserungsbedürftig und 23 % als nicht gut.

Positiv genannt werden von den befragten Unternehmen der Ausbau des Angebots von Kindertagesstätten mit einem umfassenden Betreuungsangebot sowie die Anstrengungen des Ministeriums für die Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt.

Nach wie vor wird die Wahrnehmung der Ministerin in der Öffentlichkeit als verbesserungsbedürftig eingeschätzt. Die Diskussion um die unhaltbaren Zustände in den Friesenhofheimen in Dithmarschen und die voraussichtliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zeigen aus Sicht der befragten Unternehmer Handlungsbedarf auf.

**Ministerium für Schule
und Berufsbildung**

(Britta Ernst)

Das Ministerium für Bildung und Berufsbildung landet bei der aktuellen Umfrage auf Platz 7 und damit auf dem letzten Platz.

9 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit des Ministeriums als gut, 51 % als verbesserungsbedürftig und 40 % als nicht gut.

Die befragten Unternehmen vermissen von der neuen Ministerin einen klaren Kurs, der die Verbesserungen der Qualität von Unterricht im Fokus hat. Insbesondere um die Qualität der Schulabgänger von morgen zu erhöhen, erwarten die Unternehmen diesbezüglich einen klaren Kurs. Klarheit wird auch beim Thema „Schulnoten“ gefordert.

Kritisiert werden von den Unternehmen der zum Teil immer noch sehr hohe Unterrichtsausfall sowie eine noch nicht vollständig optimierte Berufsorientierung in den Schulen.

Positiv bewertet werden erneut das Engagement der Ministerin für die Verbesserung des Übergangssystem Schule – Beruf.

**Zusammenarbeit
Schleswig-Holsteins mit der
Freien und Hansestadt Hamburg**

24 % (Herbst 2014: 9 %) der befragten Unternehmen bewerten die derzeitige Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg als gut, 72 % als verbesserungsbedürftig und 4 % als nicht gut.

Die befragten Unternehmen fordern nach wie vor ein stärkeres Aufeinanderzugehen beider Länderregierungen. Zudem vermissen die Unternehmen konkrete Maßnahmen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder. Auch in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik könnten sich die befragten Unternehmen eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg vorstellen. Ein Ende des Gastschulabkommens wird gefordert. Auch hätten die vergangenen Monate genutzt werden können, um gemeinsame energiepolitische Positionen für den Norden zu erarbeiten.

Gelobt wird die enge länderübergreifende Zusammenarbeit zum Thema „Olympiabewerbung“.

Die bisherigen gemeinsamen Kabinettsitzungen haben aus Sicht der befragten Unternehmen nicht zu den gewünschten messbaren Ergebnissen geführt.

Als verbesserungsbedürftig genannt bzw. kritisiert wird, dass Hamburg und Schleswig-Holstein es nicht schaffen, gemeinsam mit einer starken Stimme in Berlin für die Belange Norddeutschlands zu werben bzw. sich einzusetzen. Hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf.

Fazit

Gegenüber der letzten Umfrage aus dem Herbst 2014 über die Arbeit der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein haben sich die Zustimmungswerte nur leicht verbessert. Die schleswig-holsteinische Landesregierung konnte die Wirtschaft noch nicht von ihrer Regierungsarbeit überzeugen. Vermisst werden nach wie vor eine mittelstandsfreundliche Politik sowie ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

Die Zustimmungswerte für den Ministerpräsidenten haben sich lediglich um 1 %-Punkt verbessert. Seine Arbeit wird aber nach wie vor von nicht einmal jedem fünften Unternehmen als gut bezeichnet. Ausschlaggebend hierfür ist, dass es dem Ministerpräsidenten nicht

vollständig gelungen sei, einen klaren Führungsstil herauszuarbeiten und eine wirtschaftspolitische Ausrichtung der Landespolitik auf den Weg zu bringen.

Der derzeitige Stand der norddeutschen Zusammenarbeit überzeugt die befragten Unternehmen immer noch nicht, auch wenn sich die Umfrageergebnisse erheblich verbessert haben. Die Unternehmen vermissen von beiden Länderregierungen nach wie vor ein stärkeres Aufeinanderzugehen sowie konkrete Maßnahmen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Gelobt wird die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Olympiabewerbung.

Die Rückmeldungen zu den Ministerien fallen höchst unterschiedlich aus. Im Gesamtvergleich bzw. Ranking ergibt sich nachfolgendes Bild:

Platz 1: Finanzministerium

Platz 2: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Platz 3: Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Platz 4: Ministerium für Justiz, Europa und Kultur

Platz 5: Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume

Platz 6: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Platz 7: Ministerium für Schule und Berufsbildung

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft und vertritt über seine 84 Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 41.000 Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein, in denen heute rund 1,55 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden.

UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

UVNord führt regelmäßig Umfragen zur Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik in Hamburg und Schleswig-Holstein durch.

Ansprechpartner: Sebastian Schulze, Geschäftsführer und Pressesprecher
Telefon: 04331 – 1420-55 (Rendsburg), 040 – 637851-23 (Hamburg),
E-Mail: schulze@uvnord.de,
www.uvnord.de

Kiel, 10.07.2015